

## INNENPOLITIK

**(11) 3.Tagung des V.NVK eröffnet**

Die 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses wurde am 30.August 1980 in Beijing eröffnet. An diesem ersten Sitzungstag des chinesischen "Parlaments", dessen Beschlüsse nach wie vor den Charakter der Akklamation von bereits gefällten Entscheidungen der KPCh-Führungsspitze haben, nahmen 3.255 nicht direkt gewählte "Volksvertreter" teil. Auf der Tagungsordnung des ersten Sitzungstages standen die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK, Ye Jianying, ein Bericht des Staatlichen Planungschefs Yao Yilin über die Volkswirtschaftspläne für 1980 und 1981 sowie ein Bericht von Finanzminister Wang Bingqian über die Staatshaushaltsbilanz 1979, den Staatshaushaltsplan für 1980 (Entwurf) und den Haushaltsvoranschlag für 1981.

CHINA aktuell wird in der September (Berichtszeitraum)-Ausgabe einen ausführlichen Artikel über die 3.Tagung des V.NVK veröffentlichen.  
-sch-

**(12) 15.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.Nationalen Volkskongresses**

Die 15.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.Nationalen Volkskongresses fand vom 21. bis 26.August 1980 in Beijing statt. Hauptaufgabe war die Vorbereitung der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses, die am 30.August 1980 eröffnet wurde. Darüber hinaus wurden auf der Sitzung einige bedeutsame personelle Veränderungen im chinesischen Regierungsapparat vorgenommen. Insgesamt wurden auf der 15.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Einberufung der 3.Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 30.August 1980 in Beijing.
2. Entwurf der Tagesordnung der 3.Tagung des V.NVK:
  - Berichte des Staatsrats über die Volkswirtschaftspläne für 1980 und 1981, über die Staatshaushaltsbilanz 1979, den Staatshaushaltsplan für 1980 (Entwurf) und den Staatshaushaltsvoranschlag für 1981 sowie Diskussion hierüber und Verabschiedung.
  - Bericht über die Arbeit des Ständigen Ausschusses des V.NVK sowie Diskussion hierüber und Verabschiedung.
  - Revision des Artikels 45 der Verfassung der Volksrepublik China (Abschaffung des Rechts auf Veröffentlichung von Wandzeitungen).
  - Diskussion und Verabschiedung eines Staatsangehörigkeitsgesetzes, eines neuen Ehegesetzes, eines Einkommensteuergesetzes für Joint Ventures sowie eines Einkommensteuer-

- gesetzes für Einzelpersonen.
- Berichte über die Arbeit des Obersten Volksgerichts und des Generalstaatsanwaltes der Obersten Volks (Staats)-Anwaltschaft sowie Diskussion hierüber und Verabschiedung.
- Rede des Ministerpräsidenten Hua Guofeng.
- Ernennungen und Entlassungen führender Staatsfunktionäre.

3. Billigung des Arbeitsberichts des Ständigen Ausschusses des V.NVK für die 3.Tagung des V.NVK.

4. Einrichtung einer Energiekommission des Staatsrats.

5. Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yu Qiuli zum Leiter der Staatlichen Energiekommission.

6. Entlassung von Yu Qiuli aus dem Amt des Leiters der Staatlichen Planungskommission (siehe auch C.a., Juni 1980, Ü 15).

7. Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin zum Leiter der Staatlichen Planungskommission.

ZK-Mitglied Yao war bisher bereits Generalsekretär der Staatlichen Finanz- und Wirtschaftskommission, stellvertretender Generalsekretär des ZK der KPCh (zuständig für den Wirtschafts- und Planungssektor) und Direktor des Allgemeinen Amtes des ZK der KPCh. Mit seiner Ernennung zum Staatlichen Planungschef ist Yao Yilin zum obersten Wirtschaftslenker sowohl innerhalb der Partei als auch innerhalb des Regierungsapparates der Volksrepublik China geworden (siehe auch C.a., Juni 1980, Ü 46).

8. Entlassung von Wang Renzhong aus dem Amt des Leiters der Staatlichen Landwirtschaftskommission (Wang soll sich in Zukunft wahrscheinlich ausschließlich seinem gewichtigen Amt als Propagandachef der KPCh widmen).

9. Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und ZK-Sekretärs Wan Li zum Leiter der Staatlichen Landwirtschaftskommission.

Der in ZK-Sekretariat für Landwirtschaft zuständige Wan Li ist damit zum Chef der chinesischen Landwirtschaftspolitik innerhalb des Partei- und Regierungsapparates aufgerückt.

10. Entlassung von Wu Bo (78?) aus dem Amt des Finanzministers (wahrscheinlich aus Altersgründen).

11. Ernennung des bisherigen stellvertretenden Finanzministers Wang Bingqian (55) zum Finanzminister.

12. Entlassung von Song Zhenming aus dem Amt des Erdölministers "auf Vorschlag von Ministerpräsident Hua Guofeng" (siehe auch P.Schier, "Der Untergang der Ölbohrhubinsel Bohai II -

eine Waffe gegen die 'Erdöl-Fraktion?', in: C.a., Juli 1980, S.582 und die Übersicht "Erdölminister entlassen und Mitverantwortliche des Bohai II-Unglücks zu Gefängnisstrafen verurteilt" in diesem Heft).

13. Verabschiedung folgender Gesetzentwürfe und ihre Überweisung an die 3.Tagung des V.NVK zur Beschlußfassung:

- Gesetz über die Staatsangehörigkeit
- Abänderung des Ehegesetzes
- Gesetz über die Einkommensteuern für Joint Ventures mit chinesischer und ausländischer Kapitalbeteiligung
- Gesetz über die Einkommensteuern für Einzelpersonen

14. Verabschiedung der "vorläufigen Vorschriften der Volksrepublik China für Rechtsanwälte" (in: RMRB, 27.8.80; englisch in: XNA, 26.8.80).

15. Verabschiedung der "Vorschriften für Wirtschaftssonderzonen in der Provinz Guangdong" (in: DGB, 27.8.80; englisch in: SWB, 28.8.80).

16. Billigung der Ernennung von Wang Huaian zum stellvertretenden Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs und von Fan Qingdian zum Generalstaatsanwalt der Volks (Staats)-Anwaltschaft der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin (RMRB, 27.8.80; XNA, 22. und 26.8.80).  
-sch-

### (13) 3.Tagung des V.Nationalen Komitees der PKCV

Die 3.Tagung des V.Nationalen Komitees der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes wurde am 28.August 1980 in Beijing eröffnet. An der Eröffnungssitzung nahmen 1.712 der 2.055 Mitglieder des Nationalen Komitees der PKCV teil. Die Eröffnungssprache hielt der Vorsitzende des Nationalen Komitees, der stellvertretende Parteivorsitzende Deng Xiaoping, der drei Aufgaben nannte, um China zu einem "modernen und mächtigen sozialistischen Land" aufzubauen:

"Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen wir die gesellschaftlichen Produktivkräfte aktiv entwickeln und das materielle und kulturelle Leben des Volkes schrittweise verbessern. Im politischen Bereich müssen wir die sozialistische Demokratie voll zum Tragen bringen, die sozialistische Rechtsordnung festigen und die von Stabilität, Einheit und Lebendigkeit gekennzeichnete politische Lage entwickeln. Auf organisatorischer Ebene müssen wir solche Personen entdecken, ausbilden und fördern, die für die Arbeit der Modernisierung qualifiziert sind, und müssen alle Wege öffnen, damit kompetente Leute ihre Begabungen voll entfalten können." (XNA, 28.8.80)

Deng Xiaoping bezeichnete in seiner Rede die PKCV als "eine wichtige Organisation unter der Führung der KPCh, die sich für die Einheit und

Zusammenarbeit aller Parteien und aller nicht-parteigebunden Menschen einsetzt. Außerdem ist dies für unser politisches System ein Weg, die sozialistische Demokratie zu verwirklichen und die gegenseitige Kontrolle zu praktizieren" (ebenda). Von einer Kontrolle der KPCh und der Regierung durch die PKCV kann freilich keine Rede sein, denn die PKCV kann lediglich Vorschläge an das ZK der KPCh oder den Staatsrat richten. Die PKCV setzt sich hauptsächlich aus Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas, der Demokratischen Parteien, der Massenorganisationen und verschiedener Bevölkerungskreise (z.B. Auslandschinesen, Nationale Minderheiten, Persönlichkeiten des religiösen Lebens und die früheren Nationalen Kapitalisten) zusammen. Als Dachorganisation der "Revolutionären Einheitsfront" ist es die Aufgabe der PKCV, eine möglichst breite Solidarisierung nichtkommunistischer Bevölkerungsteile mit der Politik der KPCh zu erreichen.

Die Tagungen des für die Dauer von 5 Jahren gewählten Nationalen Komitees der PKCV finden in der Regel zeitlich parallel zu denen des NVK statt, an denen die Mitglieder des Nationalen Komitees als Beobachter teilnehmen. Diese enge Koppelung der PKCV an den NVK ergibt sich aus ihrer historischen Entwicklung: Die PKCV war im September 1949 als konstituierendes Organ der Volksrepublik China einberufen worden und fungierte 5 Jahre lang als theoretisch höchstes Organ der Staatsmacht. Als im September 1954 der I.Nationale Volkskongreß zusammentrat, verlor die PKCV ihren Charakter als höchstes Organ der Staatsgewalt und als legislatives Organ der VRCh und degenerierte zu einem nunmehr beratenden Organ von Regierung und Kommunistischer Partei.

-sch-

### (14) Erdölminister entlassen und Mitverantwortliche des Bohai II-Unglücks zu Gefängnisstrafen verurteilt

Auf Veranlassung des mächtigen Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurden im August 1980 die politischen Konsequenzen aus dem Untergang der Bohrubinsel Bohai II gezogen, bei dem am 25.November 1979 72 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen. Nachdem das ZK-Sekretariat das Erdölministerium wegen des Bohai II-Unglücks intern scharf angegriffen hatte, sah sich der chinesische Erdölminister Song Zhenming schließlich am 23.August 1980 gezwungen, öffentlich Selbstkritik zu leisten und seinen Rücktritt anzubieten (siehe RMRB, 26.8.80). Zwei Tage später, am 25.August 1980, beschloß die chinesische Regierung, Song Zhenming seines Postens als Erdölminister zu entheben und diese Entscheidung dem Ständigen Ausschuß des NVK zur Billigung zu unterbreiten. In der Begründung des Beschlusses hieß es, daß die Führung des Erdölministeriums die Hauptschuld für das Bohai II-Unglück trage. Die Führung des Ministeriums habe objektiven Gesetzen

und wissenschaftlichen Prinzipien zuwidergehandelt, der Arbeitssicherheit keine Aufmerksamkeit geschenkt und die Meinungen der Arbeiter und Angestellten sowie die historischen Erfahrungen (über 1.000 Unfälle in 5 Jahren) in den Wind geschlagen. Nach dem Unglück habe der Minister 8 Monate lang die wahren Hintergründe des Kenterns der Bohrinselfertuscht und bewußt falsche Berichte an die höheren Instanzen geschrieben. Für die inadäquate Behandlung dieses schwersten Unglücks in der Geschichte der chinesischen Erdölindustrie seit 1949 trage jedoch auch die Führung des Staatsrats eine Verantwortung. Aus diesem Grund wurde dem für die Erdölindustrie zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Kang Shi'en auf der Kabinettsitzung vom 25. August eine scharfe Rüge erteilt. Einen Tag später, am 26. August, bestätigte der Ständige Ausschuß des V. Nationalen Volkskongresses auf seiner 15. Sitzung die Entlassung von Erdölminister Song Zhenming.

Noch schärfer bestraft wurden Angehörige des für den Einsatz der Ölbohrinsel Bohai II zuständigen "Büros zur Erschließung von Ölvorkommen im Meer": Der Mittlere Volksgerichtshof der Stadt Tianjin verurteilte den Direktor des Büros, Ma Jixiang, zu 4 Jahren Gefängnis, seinen Stellvertreter Wang Zhaozhu zu 3 Jahren Gefängnis und den stellvertretenden Fahrdienstleiter des Büros, Zhang Dejing, zu einer 2jährigen Gefängnisstrafe mit 2jähriger Bewährungsfrist (XNA, 2.9.80).

-sch-

### (15) Staatliche Energiekommission eingerichtet

Auf der 15. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses ist am 26. August 1980 die Einrichtung einer Energiekommission des Staatsrats beschlossen worden. Zum Leiter der Energiekommission wurde der abgesetzte Planungschef Yu Qiuli ernannt. Der langjährige Erdölminister (von 1958 bis 1972) Yu Qiuli nannte auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK folgende Aufgaben der neuen Energiekommission:

1. Prüfung und Erarbeitung von Prinzipien, Maßnahmen, Gesetzen und Vorschriften für die Energiepolitik in China.
2. Ausarbeitung und Durchführung langfristiger Programme und Jahrespläne im Energiebereich.
3. Organisation des Aufbaus großer und umfassender Energiestützpunkte.
4. Wissenschaftliche Erforschung, Untersuchung und Entwicklung neuer Energiequellen sowie Verbreitung neuer Technologien zur Nutzung und Einsparung von Energie in Zusammenarbeit mit anderen Regierungsstellen.

Yu Qiuli sprach sich für eine bessere Planung auf dem Energiesektor aus und forderte eine Abstimmung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen abgestimmte rationelle Energienutzung, um ein stabiles Wachstum der Volkswirtschaft zu garantieren. Zur Lösung des gegenwärtigen Energie-

problems müsse China auf der einen Seite die Energiegewinnung erhöhen und auf der anderen Seite Energie einsparen. Gegenwärtig und für die nahe Zukunft müsse der Energieeinsparung Priorität eingeräumt werden. Dies solle mit Hilfe technischer Veränderungen und struktureller Reformen erreicht werden (RMRB, 27.8.80). Die von Yu Qiuli für die nächsten Jahre geforderte Prioritätensetzung auf Energieeinsparungsmaßnahmen deutet darauf hin, daß man innerhalb der chinesischen Führung kurzfristig nicht mit einer relevanten Erhöhung der Energieproduktion rechnet.

-sch-

### (16) Deng: Maos Verdienste überwiegen

Der Protagonist des anti-maoistischen Kurses der Nach-Mao-Ära der Volksrepublik China, der stellvertretende KPCh-Vorsitzende Deng Xiaoping, hat in einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci am 21. und 23. August 1980 eine umfassende Bewertung der Rolle Maos vorgenommen. Deng vertrat die Ansicht, daß Maos Verdienste gegenüber seinen Fehlern überwiegen. Mao sei nicht nur der Hauptgründer der Kommunistischen Partei Chinas und der Volksrepublik China gewesen, sondern er habe auch die Partei und die Revolution in kritischen Augenblicken gerettet und die marxistisch-leninistischen Prinzipien mit der Wirklichkeit Chinas in Einklang gebracht. Deng: "Bis Ende der 50er Jahre waren einige Ideen des Vorsitzenden Mao sehr richtig, ebenso wie viele seiner Grundsätze, durch die wir den Sieg errangen."

Wesentlich ausführlicher waren die Äußerungen Deng Xiaopings zu den Fehlern von Mao. Ab Ende der 50er Jahre, "im letzten Teil seines Lebens, beging er leider einige Fehler. Besonders den Fehler mit der Kulturrevolution. Die Folgen waren zahlreiche Mißgeschicke für die Partei, das Land und die Leute." Maos Ziel sei es gewesen, mit Hilfe der Kulturrevolution die Restauration des Kapitalismus in China zu vermeiden. Deng: "Trotz aller guten Vorsätze resultierte das beabsichtigte Ziel aus einer falschen Beurteilung der chinesischen Realität. Und wieder lag der Vorsitzende Mao falsch. Außerdem benannte er auch noch die falschen Zielscheiben. Er meinte nämlich, die Kulturrevolution richte sich gegen die Elemente kapitalistischen Denkens in der Partei. Und er hat mit dieser Losung eine große Zahl altgedienter Revolutionäre auf allen Ebenen angegriffen - Leute, die auch große Erfahrung in der Verwaltung hatten. Das Ergebnis der Kulturrevolution war eine Dezimierung aller revolutionären Kader. Ein oder zwei Jahre vor seinem Tod hat der Vorsitzende Mao das selber eingesehen. Er sagte, die Kulturrevolution sei ein Fehler gewesen, und zwar aus zwei Gründen: Weil sie die revolutionären Kader dezimiert und sie zu einem umfassenden Bürgerkrieg geführt habe."

Deng Xiaoping betonte, daß es sich bei den Feh-

lern Mao Zedongs um "politische Irrtümer" und nicht um "Verbrechen" wie die von Lin Biao und der "Viererbände" gehandelt habe. Deng gestand jedoch ein, daß es ein Fehler Maos gewesen sei, Lin Biao zu seinem Nachfolger auszuwählen. Ein Fehler sei es auch gewesen, daß Mao nichts gegen seine "bösertige" Frau Jiang Qing unternommen habe: "Und doch ließ der Vorsitzende Mao es zu, daß sie Macht an sich riß, ihre Splitterpartei gründete, Maos Namen für ihre persönlichen Interessen benutzte, junge, unwissende Leute ausnutzte..."

Über sein Verhältnis zu Mao führte Deng Xiaoping aus, daß er Mao weder um Rat gefragt noch informiert habe. Dengs Begründung: "...Ich tat es, weil ich sein patriarchalisches Benehmen nicht mochte. Er trat auf wie ein Patriarch. Er wollte nie die Ideen der anderen kennenlernen, so richtig sie auch immer waren, er wollte nie Meinungen hören, die von den seinen abwichen. Er benahm sich wirklich in einer ungesunden, feudalen Art."

Deng Xiaoping dementierte schließlich, daß es in China zu einer Entmaoisierung im Sinne der Entstalinisierung kommen und der für Ende dieses Jahres/Anfang nächsten Jahres anstehende XII.Parteitag der KPCh ähnlich verlaufen werde wie der XX.Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf dem Chruschtschow mit Stalin abrechnete. Deng: "Nein. Wir werden sicher die Verdienste und die Fehler abwägen, die Maos Leben charakterisiert haben. Wir werden sicher seine Verdienste bestätigen und sagen, daß sie am wichtigsten sind. Wir werden seine Irrtümer anerkennen und finden, daß sie zweitrangig sind, obwohl wir sie publik machen werden. Darüber hinaus jedoch werden wir selbstverständlich Mao Zedongs Ideologie bewahren" (nach: Welt am Sonntag, 7.9.1980).

Deng Xiaoping war der vierte chinesische Spitzenpolitiker, der offen Maos Fehler benannt und kritisiert hatte. Zunächst hatte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang im Juni ds.Js. jugoslawischen Journalisten gegenüber "Fehler" Mao Zedongs offen angesprochen (siehe C.a., Juni 1980, S. 14). Am 25. Juli hatte dann Li Xiannian in einem Interview mit dem stellvertretenden Chefredakteur der New York Times, Harrison E. Salisbury, die Kulturrevolution als "Katastrophe" bezeichnet, für die Mao Zedong die Verantwortung trage. Auch an dem fehlerhaften "Großen Sprung nach vorn" des Jahres 1958 trage Mao Zedong eine Mitschuld (DGB, 28.7.80). Als dritter chinesischer Spitzenpolitiker hatte sich der Parteivorsitzende Hua Guofeng in einem schriftlichen Interview mit jugoslawischen Journalisten am 26.7. am vorsichtigsten über die Fehler Maos geäußert: "Genosse Mao Zedong war wirklich die hervorragendste Persönlichkeit in der chinesischen Geschichte, deren Beiträge zur revolutionären Theorie und Praxis bis jetzt von keinem anderen chinesischen Führer übertroffen worden sind. Aber er war ein Mensch, kein Gott, und so konnte auch er es nicht vermeiden, Fehler zu begehen... In den zehn Jahren

der Kulturrevolution von der zweiten Hälfte 1966 bis zur zweiten Hälfte 1976 hat unsere Partei schmerzliche und schwerwiegende Fehler begangen. Als Vorsitzender der Partei trug Genosse Mao Zedong selbstverständlich die Verantwortung für diese Fehler" (nach: BRu, 19.8.80, S.14). Für weitere Einzelheiten verwies Deng auf den kommenden XII.Parteitag der KPCh, auf dem ein Dokument zur Einschätzung der Kulturrevolution und der Rolle Mao Zedongs während der chinesischen Revolution verabschiedet werden wird.

-sch-

### (17) Zum Verhältnis Deng - Hua

Dem Verhältnis zwischen Deng Xiaoping und Hua Guofeng galt eine Frage der italienischen Journalistin Oriana Fallaci, die diese dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping in einem Interview am 21. und 23. August 1980 stellte. Befragt, ob Differenzen zwischen ihm und Hua Guofeng bestünden, antwortete Deng: "Nein, sie existieren nicht! Die gegenwärtige Linie wurde in allseitigem Einverständnis beschlossen. Natürlich stimmen wir nicht immer über alle Einzelheiten überein, aber wir haben wieder eine kollektive Führung, und wir diskutieren alle wichtigen Angelegenheiten im Führungskollektiv. Also, jene Spekulationen über den sogenannten Machtkampf ergeben keinen Sinn."

Daß Deng jedoch nicht völlig von den politischen und intellektuellen Fähigkeiten Hua Guofengs überzeugt zu sein scheint, beleuchtet seine Antwort auf die Frage Oriana Fallacis, warum Hua Guofeng am 18.9.1976 in seiner Trauerrede zur Beisetzung Mao Zedongs von der "konterrevolutionären revisionistischen Linie Liu Shaoqis, Lin Biaos und Deng Xiaopings" gesprochen habe. Deng hierzu: "Sehen Sie, in jenen Tagen hatten sie nicht die Zeit, ihre Erfahrungen zusammenzufassen. Ich meine, die Leute hatten nicht die Zeit, sorgfältig über die Probleme nachzudenken und sie zu untersuchen. Das Wichtigste war, das Banner des Vorsitzenden Mao aufrechtzuerhalten, mit der Viererbände fertigzuwerden und ... später, als man sah, daß die Masse der Leute über diese Rede nicht glücklich war ... was nicht überraschend kam, weil es keine gut durchdachte Rede war ... nun, sagen wir, die Rede war der Ausdruck sehr simpler Gedanken, und die Worte des Genossen Hua Guofeng waren von dem Vorsatz diktiert, die Stabilität zu erhalten" (nach: Welt am Sonntag, 7.9.80).

-sch-

### (18) ZK-Dokument: Weniger Personenkult

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat Anfang August ein parteiinternes Rundschreiben erlassen, in dem die Parteimitglieder angewiesen werden, den Personenkult weiter einzuschränken und weniger Propaganda

für Einzelpersonen zu machen. Das Organ des ZK der KPCh, die Volkszeitung, veröffentlichte am 12.8.1980 die wesentlichen Teile eines entsprechenden ZK-Beschlusses:

- Von jetzt an dürfen keine neuen Gedenkhallen, Gedenkstätten oder Denkmäler für Revolutionäre der älteren Generation errichtet werden, es sei denn, das ZK der KPCh beschließt dies ausdrücklich. Bereits im Bau befindliche oder schon fertiggestellte und anderweitig verwendbare sollen möglichst zu anderen sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zwecken umgebaut werden. Die Geburtsstätten, früheren Schulen und ehemaligen Arbeitsstätten von lebenden Parteiführern dürfen nicht in Gedenkstätten umgewandelt werden. Bereits bestehende Einrichtungen dieser Art sind aufzulösen.

- Für die Erziehung der Jugend und für die Geschichtsforschung ist es notwendig, Memoiren der Revolutionäre der älteren Generation und anderer revolutionärer Helden usw. wahrheitsgetreu zu verfassen und herauszugeben. Hierbei muß jedoch jedwede Übertreibung unterlassen werden.

- Die Zeitungen müssen mehr die Errungenschaften der Bevölkerung bei der Verwirklichung der vier Modernisierungen und die politischen Bestimmungen, Richtlinien und Beschlüsse der KPCh propagieren, anstatt über normale Tätigkeiten und unbedeutende Reden einzelner führender Persönlichkeiten zu berichten.

Früher waren auf den öffentlichen Plätzen zu viele Porträts, Zitate und Gedichte Mao Zedongs zu sehen. Dies ist ein Ausdruck mangelnder politischer Würde. In Zukunft muß ihre Zahl reduziert werden. Dieses Prinzip gilt auch für Porträts bzw. Widmungen anderer führender Persönlichkeiten. Wie die KPCh-orientierte Hongkonger Zeitschrift Zhengming berichtete (Nr.35 vom 1.9.80, S.34), werden in der nicht veröffentlichten Originalfassung des ZK-Beschlusses die Namen von Hua Guofeng, Ye Jiannian und Deng Xiaoping genannt.

Trauerfeiern für hohe Kader sollen möglichst einfach und sparsam sein, und ihr Umfang sollte verkleinert werden. Ausnahmen in bestimmten Fällen müssen vom Zentralkomitee genehmigt werden.

Als erstes konkretes Ergebnis dieses ZK-Beschlusses wurden die Porträts von Mao Zedong an der Halle des Volkskongresses, am Chinesischen Revolutionsmuseum und am Historischen Museum auf dem Tiananmen-Platz abgenommen. Allein das Mao-Porträt am Tiananmen-Tor blieb hängen. Kurze Zeit später, am 21.8.1980, wurden auch die Porträts von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf dem Tiananmen-Platz entfernt. Auch die Porträts von Mao und Hua Guofeng am Pekinger Hauptbahnhof wurden beseitigt. Das gleiche Schicksal ereilte das Ölgemälde im Pekinger Hauptbahnhof, das Mao darstellt, wie er angeblich die Macht an Nachfolger Hua per Handzettel übergibt, auf dem angeblich stand: "Hast Du die Sache in der Hand, bin ich beruhigt."

Weniger Personenkult war bereits Ende Februar 1980 auf der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh innerhalb der "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei" beschlossen worden (siehe C.a., Juli 1980, 0 21). -sch-

### **(19) 93% der 550.000 "Rechten" rehabilitiert**

Der Parteihistoriker Liao Gelong hat in einem in Tianjin gehaltenen Vortrag über die "Anti-Rechts-Bewegung" des Jahres 1957 bekanntgegeben, daß mittlerweile 93% jener 550.000 Menschen rehabilitiert worden sind, die im Jahre 1957 als "Rechte" eingestuft und in ihren Freiheitsrechten erheblich eingeschränkt worden waren (nach: Zhengming, Nr.35 vom 1.9.80, S.26). Angaben der KPCh orientierten Hongkonger Zeitschrift Zhengming zufolge wurden auch die Familienangehörigen der 1957 als "Rechte" verunglimpften Personen im Zuge einer Art Sippenhaft politisch verfolgt. So habe die Gesamtzahl der im Verlauf der "Anti-Rechts-Bewegung" politisch, beruflich und persönlich in Mitleidenschaft gezogenen Personen ca. 2 Millionen betragen (ebenda, S.25).

-sch-

### **(20) Dissident Liu Qing zu drei Jahren "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt**

Der Mitbegründer und stellvertretende Herausgeber der im April 1980 eingestellten Zeitschrift "Forum 5. April", Liu Qing, ist - Angaben chinesischer Oppositioneller zufolge - zu drei Jahren "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt worden. Der 34jährige Liu Qing soll seine Strafe in einem Arbeitslager in der Provinz Shanxi verbüßen. Während der anscheinend nicht öffentlichen Gerichtsverhandlung wurden ihm folgende drei Straftaten zur Last gelegt:

1. Teilnahme an einer Demonstration von Bauern am 8. Januar 1979 auf dem Tiananmen-Platz. Diese Demonstration war von der Dissidentin Fu Yuehua organisiert worden. Wegen "Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" war Frau Fu am 24. Dezember 1979 zu einer 2jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

2. Verbreitung eines inoffiziellen Protokolls des Prozesses gegen Wei Jingsheng, der am 16. Oktober 1979 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

3. Diebstahl und Fälschung von Krankheitsbescheinigungen während fast eines Jahres (AFP, 4.8.80, nach MD, 5.8.80; siehe auch C.a., Oktober 1979, 0 28; Xinhua, 24.12.79; nach SWB, 29.12.79; C.a., Nov.1979, 0 35 und S.1217ff.).

Liu Qing war am 11. November 1979 an der früheren "Mauer der Demokratie" in Beijing, die mittlerweile zu einer Anschlagfläche für kommerzielle Werbung umfunktioniert wurde, verhaftet worden. Seine rechtswidrige Inhaftierung (insofern er monatelang ohne Prozeß festgehalten

wurde) war von chinesischen Dissidentenkreisen mehrfach kritisiert worden (siehe u.a. C.a., April 1980, 0 17). Zuletzt hatten am 20. Mai 1980 11 Organisationen chinesischer Oppositioneller in einem gemeinsamen Flugblatt gegen die Inhaftierung von Liu Qing protestiert und seine Freilassung gefordert. Die Unterzeichner des Flugblattes erklärten, daß die Verhaftung von Liu Qing illegal sei, und beschuldigten die Beijinger Polizei der Rechtsverletzung. Kritisiert wurde, daß Liu Qing deshalb verhaftet worden sei, weil er Veröffentlichungen über ein Gerichtsverfahren verbreitet habe, daß von offizieller Seite als "öffentlich" bezeichnet worden war. Der Prozeß gegen Wei Jingsheng war insofern "öffentlich", als er vor einem sorgsam ausgewählten Publikum stattfand, daß zum Prozeß Eintrittskarten erhalten hatte. Ausländischen Journalisten war eine Prozeßbeobachtung verwehrt worden. In dem Flugblatt der 11 Organisationen chinesischer Oppositioneller war auch dagegen protestiert worden, daß nur die offiziellen chinesischen Medien über den Prozeß gegen Wei berichten durften (AFP, 20.5.80, nach MD, 27.5.80).

Nach wie vor sind einige Dissidenten ohne ordentlichen Prozeß in Haft, die im Verlaufe des Jahres 1979 verhaftet worden sind. Darunter befinden sich die Mitglieder der "Chinesischen Allianz für Menschenrechte", Ren Banding und Chen Long (ebenda; AFP, 4.8.80, nach MD, 5.8.80).  
-sch-

### (21) Erneut schweres Grubenunglück

Wie Radio Liaoning am 27.8.1980 meldete, hat am 21. Juni 1980 eine schwere Gasexplosion im Xinh-Kohlenbergwerk 34 Menschenleben gekostet (nach SWB, 3.9.80). Die Gründe für dieses Grubenunglück lagen erneut in der schwerwiegenden Mißachtung von Arbeits-Sicherheitsbestimmungen durch die Betriebsleitung. Sieben Monate zuvor war es in der Nachbarprovinz Jilin ebenfalls aufgrund der Nichtbeachtung von Sicherheitsbestimmungen zu einem schweren Bergwerksunglück gekommen, bei dem 52 Bergleute den Tod fanden (siehe C.a., Januar 1980, 0 54 und C.a., Juli 1980, 0 27). Mittlerweile stellte sich heraus, daß es in dem Songshu-Kohlenbergwerk in der Provinz Jilin bereits am 24. Juni 1979 zu einer Gasexplosion gekommen war, bei der 9 Bergleute getötet worden waren. Trotz dieses Unglücks waren von der Betriebsleitung weiterhin die Bestimmungen für Arbeitssicherheit ignoriert worden, so daß es am 23.11.1979 zu dem zweiten, wesentlich schwereren Unglück kam (Gongren Ribao, 14.8.80). Schwerwiegende Versäumnisse hinsichtlich der Befolgung von Arbeitsschutzbestimmungen hatten auch zum Untergang der Ölbohrinsel Bohai II und zum Tode von 72 Besatzungsmitgliedern geführt (siehe P.Schier, "Der Untergang der Ölbohrinsel Bohai II - Eine Waffe gegen die 'Erdölfraktion'?", in: C.a., Juli 1980, S.582-583). Mittlerweile wurden in mehreren Provinzen der Volksrepublik China von

den Behörden Anweisungen zur Einhaltung der Arbeits-Sicherheitsbestimmungen erlassen (nach SWB, 3.9.80).

-sch-

### (22) Einrichtung von Polizeischulen

Auf der nationalen Konferenz über die Ausbildung der Chinesischen Volkspolizei, die im August 1980 stattfand, ist beschlossen worden, in allen Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten, Autonomen Gebieten und Städten mit mehr als 1 Million Einwohnern so schnell wie möglich Polizeischulen einzurichten. Die dort vorgenommene Polizeiausbildung solle 2 Jahre betragen und mit einem Examen abschließen. Nach ihrer Ausbildung sollten die Absolventen der Polizeischulen noch eine Probezeit durchlaufen, bevor sie als ordentliche Polizisten angestellt würden (Xinhua, 21.8.80, nach SWB, 2.9.80).  
-sch-

### (23) Angaben zur Kriminalstatistik

Der stellvertretende Justizminister der Volksrepublik China, Xie Dangzhi, machte auf der 6. UN-Konferenz über Verbrechensverhütung einige Angaben zur Kriminalstatistik in der Volksrepublik China. Seinen Angaben zufolge kamen im Jahre 1950 auf 10.000 Einwohner 9,3 kriminelle Delikte. Aufgrund der von der chinesischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Verbrechensverhütung sei es dann gelungen, in den Jahren von 1950 bis 1965 die durchschnittliche Kriminalitätsrate auf 4,5 Delikte je 10.000 Einwohner zu senken. Als Folge der Störung der gesellschaftlichen Ordnung durch die Kulturrevolution habe man jedoch ein Anwachsen der Kriminalitätsrate verzeichnen müssen. So seien in den Jahren 1977 bis 1979 auf je 10.000 Einwohner durchschnittlich 6,5 kriminelle Delikte gekommen (XNA, 27.8.80).

Den Angaben des stellvertretenden chinesischen Justizministers zufolge machen unter den kriminellen Delikten kleine Diebstähle an öffentlichem oder privatem Eigentum mehr als 90% aus, während sich die Fälle schwerer Kriminalität, wie Tötungsdelikte, Raub, Vergewaltigung und Brandstiftung lediglich auf 7% belaufen. Fälle von politischer Sabotage seien sehr selten. Gruppen, die terroristische Handlungen begingen oder sich mit der Produktion und dem Handel von Rauschgiften wie Opium und Marihuana befaßten, gäbe es in China nicht. Xie Dangzhi gab weiterhin bekannt, daß bei den Rechtsbrechern ein Anstieg des Anteils der Jugendlichen unter 25 Jahren zu verzeichnen sei (ebenda).

Statistiken des Justizministeriums zufolge ist die Kriminalitätsrate in 162 Städten im Juni im Vergleich zum Vormonat um 8% gesunken. Raubüberfälle zeigten mit 26% den größten Rückgang. In Peking, Shanghai, Tianjin und 15 anderen Städten sank die Kriminalitätsrate um 14% (XNA, 1.8.80). Erfolge in der Verbrechensbekämpfung

wurden auch aus der Hauptstadt der Provinz Liaoning, Shenyang, gemeldet: In den ersten 6 Monaten dieses Jahres sei die Kriminalitätsrate um 49% im Vergleich zur gleichen Periode im Jahre 1979 gesunken (Radio Liaoning, 9.8.80, nach SWB, 16.8.80). Aus Shanghai wurde zwar eine allgemeine Senkung der Kriminalitätsrate gemeldet, gleichzeitig wurde jedoch berichtet, daß schwere Delikte, wie Mord, Vergewaltigung und Raubüberfälle zunehmen würden. Nach wie vor würden kriminelle Banden ihr Unwesen treiben (Radio Shanghai, 25.8.80, nach SWB, 2.9.80). Eine 5köpfige Räuberbande, die zwischen Juni 1979 und März 1980 unter anderem 28 Lastwagen gestohlen hatte, wurde am 18. August vom Mittleren Volksgerichtshof von Shanghai zu schweren Strafen verurteilt: Todesurteil mit 2jährigem Aufschub für den Anführer der Bande, 20 Jahre Gefängnis für zwei andere Bandenmitglieder und 5- bis 10jährige Gefängnisstrafen für die restlichen zwei (Xinhua, 18.8.80, nach SWB, 2.9.80).

Ein großes Problem für die gesellschaftliche Ordnung stellt die nach wie vor anwachsende Jugendkriminalität dar. So waren unter den in den ersten 6 Monaten dieses Jahres in der Stadt Canton verhafteten Straftätern über 60% Jugendliche (Radio Guangdong, 12.8.80, nach SWB, 22.8.80).

-sch-

#### (24) Gründung einer neuen Zeitung für Rechtsfragen

Am 1.8. begann die Herausgabe einer im ganzen Land vertriebenen, also überregionalen Zeitung mit dem Titel "Das chinesische Rechtssystem" (Zhongguo Fazhi Bao), deren Ziel es ist, Gesetzestexte bekanntzumachen, sie zu erläutern und überhaupt die Rechtskenntnisse im ganzen Land zu popularisieren, ferner Entwicklungen im Rechtswesen aufzuzeigen und Fälle wiederzugeben.

- we -

#### (25) Rechtsanwaltsordnung

Bei der 15. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK wurden am 26.8. "Provisorische Bestimmungen" über die Arbeit der Rechtsanwälte erlassen. Die Bestimmungen waren nötig geworden, weil mit dem Erlass des StGB im Juli 1979 und der Errichtung von 250 Rechtsanwaltsbüros sowie der Arbeitsaufnahme durch 2.300 Rechtsanwälte Fragen entstanden waren, die einer schnellen Regelung bedurften. Nach den neuen Bestimmungen sind Rechtsanwälte Staatsangestellte, die ohne Gewinn arbeiten und deren Gehälter aus der Staatskasse gezahlt werden. Sie dürfen keine privaten Kanzleien errichten.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzes:

- Es gibt keinen eigenen Anwaltsstand und keine privaten Anwaltsbüros. Rechtsanwälte sind Staatsangestellte.

- Keine Organisation darf sich in die Arbeit der Rechtsanwälte einmischen (und die Partei?).

- Die Rechtsanwälte müssen der Sache des Sozialismus und den Interessen des Volkes dienen und sich stets an die Tatsachen und das Gesetz halten.

- Rechtsanwaltsämter sind öffentliche Institutionen unter der organisatorischen Führung und Kontrolle der staatlichen Justizorgane. Die für ihre Arbeit zu entrichtenden Gebühren gehen an die Staatskasse.

- Rechtsanwaltsämter werden bei den Kreisen, Städten und Stadtbezirken errichtet, mit jeweils einem Direktor und einem stellvertretenden Direktor an der Spitze, die von den betreffenden Anwälten zu wählen sind.

Die neuen Bestimmungen treten am 1.1.1982 in Kraft. An dem Entwurf für die Bestimmungen wurde seit April 1979 gearbeitet.

Es gebe zur Zeit noch viel zu wenig Anwälte. Nach den neuen Bestimmungen dürfen alle diejenigen den Anwaltsberuf ergreifen, die an einer Universität oder einer Hochschule Rechtswissenschaften studiert haben, die eine Berufsausbildung durchgemacht haben oder als Richter bzw. Staatsanwälte gewirkt haben.

Das Justizministerium hält fünfmonatige Ausbildungskurse für Rechtsanwälte ab; rund 2.400 Studenten werden außerdem in den 14 Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der chinesischen Universitäten und Hochschulen in diesem Herbst immatrikuliert werden. Seit 1949 haben 19.000 Rechtsstudenten die Hochschulen verlassen (XNA, 26.8.80).

Notariate

Bis Mitte August 1980 sind in China wieder 254 Notarkanzleien errichtet worden. Soweit es in Städten und Kreisen keine Notarämter gibt, nehmen die Volksgerichte der Städte und Kreise den Notariatsdienst wahr (XNA, in SWB 22.8.80) (Zur Funktion der Notariate vgl. C.a., Februar 1980, S.152).

- we -

#### (26) Die Partei soll sich in die Rechtsprechung nicht mehr einmischen

Jiang Hua, der Präsident des Obersten Volksgerichts in Peking, forderte bei einer Arbeitskonferenz über Rechtsfragen Mitte August, daß man "Schluß machen müsse mit der Praxis, daß Parteiausschüsse Kriminalfälle überprüfen". Oft habe man die Unabhängigkeit der Gerichte gefordert, doch in der Praxis sei damit nie ernstgemacht worden. Während des Krieges und gleich nach 1949 sei es sicherlich wichtig gewesen, daß sich die Parteiausschüsse ab und zu der Rechtsprechung angenommen hätten. Schon in der Verfassung von 1954 allerdings stand dann ausdrücklich der Satz von der Unabhängigkeit der Gerichte (XNA, 26.8.80).

Noch während der Kulturrevolution hatte es geheißen, daß Recht und Justiz nichts anderes seien als Instrumente im Klassenkampf, der ja seinerseits wiederum unter Anleitung und Kontrolle der Partei zu erfolgen habe. Soll dieses altetablierte Prinzip nun endgültig aufgehoben werden?

- we -

### (27) 3.100 örtliche Volksgerichte

In der am 1.8. neugegründeten Zhongguo Fazhi Bao ("Das chinesische Rechtssystem") wird mitgeteilt, daß es im ganzen Land mittlerweile mehr als 3.100 örtliche Volksgerichte verschiedener Ebenen gebe. Während der Kulturrevolution hatten die meisten örtlichen Volksgerichte nur noch dem Namen nach existiert und waren handlungsunfähig. Einige Volksgerichte der unteren Ebenen haben Filialen in entlegeneren Gebieten, Bergwerksrevieren, Ackerbau- und Viehzuchtgebieten. Statistischen Angaben zufolge gibt es 18.000 solcher Filialen im ganzen Land.

Aufgrund der Statutengesetze über die Volksgerichte und die Volksanwaltschaften haben die zehn Stadtbezirke Shanghais Anfang August 1.670 Schöffen gewählt, und zwar Hand in Hand mit der Wahl von Volksvertretern in den Bezirksversammlungen. Anschließend begannen Ausbildungskurse für die Schöffen (Radio Shanghai in SWB 8.8.80).

- we -

## VERTEIDIGUNG

### (28) Verteidigungsausgaben der VR China im Jahre 1979

Nach Schätzungen des CIA National Foreign Assessment Center soll die VR China im Jahre 1979 ca. 40 Mrd. Yuan für Rüstung ausgegeben haben. Die VR China selbst hat - im Gegensatz dazu - ihre Verteidigungsausgaben für 1979 auf 20,23 Mrd. Yuan veranschlagt. (Nähere Angaben dazu C.a., Juni 1979, S.662f.) 1978 hatte Beijing den Verteidigungshaushalt mit 16,784 Mrd. Yuan angegeben (ebenda). Obwohl schwer auszumachen ist, ob die offiziellen chinesischen oder aber die CIA-Zahlen richtig sind - fest steht jedoch, daß sich die Militärausgaben Chinas mit denen der beiden Supermächte auch nicht annähernd messen können. Im Vergleichsjahr beispielsweise hatt Washington 117,7 Mrd. und Moskau nach Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums rund 150 Mrd. US\$ ausgegeben

Die Armee sei mit leichten Waffen, Panzern und Artillerie ausgerüstet. Die Zahl der modernen Geräte, die Panzerabwehr-Lenk Waffen und taktische Kurzstreckenraketen seien äußerst begrenzt. Die Luftwaffe bestehe zum größten Teil aus Abfangjägern, die allerdings nur bei guter Witterung und bei Tageslicht einsatzbereit seien. Die Marine sei auf die Küstenverteidigung beschränkt (IHT, 7.8.80).

Die meisten Waffen sind dem Bericht zufolge in China hergestellt und Kopien russischen Geräts aus den fünfziger Jahren. Seit der Einstellung der sowjetischen Rüstungshilfe im Jahre 1956 hat China die Zahl seiner Waffenfabriken verdreifacht, ohne daß sich allerdings das Herstellungsverfahren modernisiert hätte. Der CIA-Bericht geht davon aus, daß die Rüstungsausgaben in den Jahren 1971 und 1972 um rund 20% abgenommen hätten, wodurch Mittel für die Landwirtschaft freigegeben seien. Bemerkenswert sei auch der ablehnende Einfluß des Militärs auf die Politik. Dies sei während der Kulturrevolution, vor allem aber auf dem Höhepunkt der Lin-Piao-Karriere noch ganz anders gewesen! Die Rüstungsausgaben hätten erst im Jahre 1979 wieder den Stand von 1971 überschritten. Der jährliche Zuwachs liege bei 1-2%.

Diese zuletzt genannte Anstiegszahl differiert wieder ganz bedeutend von den offiziellen chinesischen Angaben. Allein in der Zeit von 1978 bis 1979 gab es danach einen Rüstungsausgabenanstieg von 12,6%; der Anstieg von 1979 auf 1980 lag sogar bei rund 19%! Die Aufrüstung wird nach Ansicht des CIA weitergehen, allerdings in dem bisher gewohnten bescheidenen Ausmaß. Frage: Sind Anstiegszahlen von 12 und 19% bescheiden?

- we -

### (29) Ruf nach "besserem Arbeitsstil" in der VBA

Ein Berater bei der ZK-Militärkommission, Wang Jianan (RMRB, 12.7.80), geht mit der bisherigen Untersuchungspraxis in Gericht. "Wer nicht untersucht, hat kein Recht, mitzureden"- gegen diesen Grundsatz werde immer wieder verstoßen. Viele Einheiten seien so sehr mit ihrer "regulären Arbeit" in Anspruch genommen, daß sie behaupteten, keine Zeit mehr für Untersuchung und Studium zu haben. Vielfach werden dann einfach falsche Angaben gemacht und sogar Zahlen gefälscht. Beim Besuch einer Kaserne, die als ordentlich gemeldet worden war, entdeckte Wang, daß es durch die Dächer hereinregnete und das einströmende Wasser notdürftig mit Eimern aufgefangen wurde. Im Winter mußten die Soldaten in voller Montur ins Bett gehen, wenn sie nicht erfrieren wollten. Trotzdem bekamen sie an den Füßen Frostbeulen. Bei der Angabe von Getreidegewichten gaben sie einfach Mais für Weizen aus und konnten dadurch ansehnliche Erntebeträge melden. Erscheint der Kontrolleur offiziell, so werden ihm die freundlichsten Honneurs gemacht und nach Möglichkeit jeder üble Zustand verheimlicht. Die Zahl des Begleitpersonals überschreitet dann in der Regel die Zahl der bei den Versammlungen anwesenden Zuhörer. Aus diesem Grunde habe er, Wang, sich immer wieder gezwungen gesehen, unangemeldet zu erscheinen, wobei er meist zu Fuß ging! Eines Tages besichtigte er einen Schweinezuchtbetrieb der VBA und stellte dort an den wachhabenden Soldaten einige harmlose Fragen. Dabei konnte er feststellen, daß die betreffende Einheit gegen die Re-